

# Rieser Tageblatt



Verlagschrift  
Tageblatt Rieser,  
Herausg. Nr. 52,  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).  
Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,  
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postkontonr.  
Tresden 1590.  
Stroß Nr.  
Rieser Nr. 52.

Nr. 283.

Sonnabend, 3. Dezember 1922, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-  
erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und  
Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraudender und  
tabelarischer Satz 50% Zuschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und  
Gewillungsart: Rieser. Achtstellige Unterzahlungsbeilage „Zähler an der Ude“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten  
oder der Verfertigungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Die Ernennung des Kabinetts noch heute zu erwarten. Der Reichsbankpräsident über Wirtschaft und Währung.

### Die Regierungskrise,

die sich an den Rücktritt von Papens knüpfte, ist sozusagen im letzten Augenblick in geradezu dramatischen Formen beendet worden. Nachdem die Wiederbetragung Herrn von Papens mit dem Reichskanzleramt bereits eine hundertprozentig beschlossene Angelegenheit war, gab es in der eigenen Umgebung Herrn von Papens eine Revolte, die im Verlauf einer Stunde die politische Entwicklung völlig auf den Kopf stellte. Unter Führung des Reichskommissars und kommissarischen preussischen Innenministers Dr. Braht weigerten sich die führenden Persönlichkeiten des alten Papenkabinetts, ihrem Kanzler auf einen weiteren, verschärften Konfliktsweg zu folgen. Professor Warnold, Reichsfinanzminister Dr. Schwerin-Krosigk, Reichsbauminister von Neurath und auch der neue Reichsminister ohne Portfeuille Dr. Poppih erklärten kategorisch, daß sie ihre Köpfe für einen neuen Zusammenstoß mit dem Parlament und fast der gesamten deutschen Öffentlichkeit nicht hinhalten würden. Unter diesen Umständen blieb dem Reichskanzler von Papen, der noch am Freitag vormittag bei Beginn einer überraschend einberufenen Kabinettsitzung auf sein ungebrochenes Vertrauensverhältnis zu dem Reichspräsidenten hinweisen konnte, nichts übrig, als in Begleitung des Reichswehrministers die Kabinettsitzung zu verlassen und Herrn von Hindenburg die völlige Unmöglichkeit seiner erneuten Betragung vor Augen zu stellen.

Was sich in den entscheidenden Minuten zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Zimmer des Reichspräsidenten ereignete, wird erst in späterer Zeit völlig eindeutig zu übersehen sein. Das eine ist jedenfalls sicher, daß der Reichspräsident durch den Zusammenbruch des alten Papen-Kabinetts vor eine Entscheidung gestellt wurde, wie sie ihm schwerer und überraschender bisher kaum jemals zugemutet wurde. Man erhebt selbst aus dem farblosen amtlichen Communiqué, welches ein Sturm sich bei Herrn von Hindenburg abspielte. Der Reichspräsident sah sich einer Wirklichkeit gegenüber, wie sie selbst seine Freunde und Berater ihm bisher nicht gespiegelt hatten. Es blieb ihm keine andere Möglichkeit, als auf den von ihm hochgeschätzten Reichskanzler von Papen zu verzichten und an seiner Stelle den letzten starken Vorkämpfer der Präsidialgewalt, General von Schleicher, ins Kampffeld vorzuschieben.

Welche inneren Widerstände Herrn von Hindenburg bewegten, ist unschwer zu erkennen. Durch die Reichsregierung von Papen war nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch dem Reichspräsidenten das politische Spiel im Parlament als eine höchst minderwertige, nicht mehr ernst zu nehmende Angelegenheit hingestellt worden. Man schien endlich auf einen Standpunkt gelangt, wo man das Parteienwesen in Deutschland mit einem eisernen Felsen auslegen konnte. Schon das Wort Reichstag war zu einer Farce, zu einem leeren, nichtslagenden Schlagwort erniedrigt worden. In diesem Augenblick brach jedoch die so vielfach totgefagte Wirklichkeit dieser alten Institution und der in ihr verkörperten Kräfte von neuem in das nicht ohne weiteres eindämmbare Forum des politischen Lebens hinein. Auch die neuen staatsrechtlichen Schlagworte und Abteilungen verlor nicht gegenüber dem ärgenden Ungrund der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mäde. Diese erwiesenen loslösen ihre primäre Existenz. Ebenso wenig wie man diktatorisch gegen die Millionenbewegung der Nationalsozialisten vorgehen konnte, konnte man diktatorisch den Sturm aus dem Arbeiterlager, aus den Gewerkschaften, den Wirtschaftskreis und Handelskreisen beschwichtigen. Gerade die verantwortlichen Persönlichkeiten der Regierung sahen sich winterlichen Streitigkeiten gegenüber, die sie nicht auf die leichte Achsel nehmen konnten. Der Berliner Verkehrskreis war für sie zu einer bitteren Schule geworden. Er hatte gezeigt, daß gegen eine breite Obstruktion der Bevölkerung auch Schupo, Reichswehr, Verbände und Gewerkschaften nichts Rechtes ausrichten können. Damit geriet sich aber in ihrem Innern die Hoffnung, mit einem diktatorischen Regiment durch den Winter hindurchzukommen. Sie sahen nur einen Weg, den der Verständigung, der Versöhnung und einer sorgsam gestützten und immer neu verbesserter Zusammenarbeit mit den oppositionellen Kräften. Dieser Weg stand aber, wie die Dinge lagen, nicht im Zeichen von Papens, sondern ausschließlich im Zeichen Schleichers.

Das neue Kabinetts von Schleicher ist aus diesen Erwägungen heraus geboren worden. Die ihm zugehörigen Persönlichkeiten stehen in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht völlig fest. Aber das eine ist klar, daß man große Experimente, ja eine völlige Umstellung unseres staatsrechtlichen Lebens von den Mitarbeitern General von Schleicher nicht zu erwarten hat. Die Weiterführung führender Köpfe des alten Kabinetts sichert die Kontinuität. Der große Einfluß, der dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther bei der Auffstellung des Schleicherischen Wirtschaftsprogramms eingeräumt wurde, zeigt deutlich, daß an den Uebergang zum Staatskapitalismus, der früher mit dem Namen Schleicher verbunden wurde, nicht gedacht wird. Das Ziel des neuen Kabinetts ist im Grunde das

### Zur bevorstehenden Kanzler-Ernennung.

Berlin. (Funktspruch.) In unterrichteten Kreisen erwartet man die Ernennung des neuen Kanzlers und seines Kabinetts, nachdem General von Schleicher dem Reichspräsidenten über seine bisherigen Verhandlungen Bericht erstattet hat, erst für den späteren Nachmittag. Heute mittag fand die übliche Abschiedssitzung des alten Kabinetts statt, in der der Reichskanzler von Papen seinen Mitarbeitern dankte. Im Anschluß an die Sitzung des alten Kabinetts treten die Minister, die der neuen Regierung angeschlossen werden, zu einer Besprechung zusammen. Nach seiner Ernennung wird sich das Kabinetts übrigen heute nur mit der außenpolitischen Frage beschäftigen, weil ja Freiherr von Neurath morgen nach Genf zurückkehrt; irgendwelche Beschlüsse oder sonstige Maßnahmen des Kabinetts sind heute nicht zu erwarten.

Die Besetzung der drei wirtschaftlichen Ministerien war heute mittag noch offen, dagegen stehen alle übrigen Personalien fest, so auch das Verbleiben des Reichsministers Dr. Poppih im Kabinetts.

### NSDAP. will Kabinetts v. Schleicher nicht tolerieren.

Weimar. Auf Betragen teilt die Pressestelle der NSDAP. mit, daß die NSDAP. jegliche Tolerierung des Kabinetts v. Schleicher klar und unmissverständlich in Uebereinstimmung mit ihrer bisherigen Haltung ablehne. Sie beziehe sich auf den von Adolf Hitler zur Lösung der Regierungskrise vorkonzipierten Vorschlag, der allein den einzig möglichen Weg aufzeige, ein Kabinetts der nationalen Konzentration zu bilden, das gleichzeitig durch den Willen des Volkes untermauert und von ihm getragen werde.

### Die Haltung der DVP.

Berlin. Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt unter anderem: Die Deutsche Volkspartei wird sich gegen ihre Ueberlieferung, hinter das vom Vertrauen des Reichspräsidenten — nicht von den Parteien — eingeleitete Kabinetts stellen, im übrigen aber die Einzelheiten seines Programms abwarten. Dieses Programm wird als Kernsatz umfassen: Brot und Arbeit, Ruhe und Ordnung im Innern zu schaffen und die nationale Freiheit nach außen zu verteidigen. Wenn die Mehrheit des Reichstages daran mitwirken will, so ist es gut und erfreulich; — im anderen Falle schaltet sich das Parlament selber aus.

### Die Haltung des Zentrums.

Berlin. In Zentrumskreisen ist man der Ansicht, daß das neue Kabinetts von Schleicher keineswegs eine ideale Lösung darstelle, aber immerhin das, was zur Zeit erreichbar gewesen sei. Staatspolitisch gesehen, bedeute, so erklärt man, ein Kabinetts Schleicher etwas Besseres als der bisherige Zustand; man glaube auch, daß von Schleicher ehrlich genug sei, um ernstlich eine Abkehr von dem bisherigen Kurs vorzunehmen und eine Verständigung auf breiter Grundlage anzustreben. Allerdings müßte die Zusammensetzung des neuen Kabinetts abgemerkt werden, und dann vor allem die Taten des neuen Kabinetts. Aus allen Verlautbarungen, so wird weiter erklärt, scheide das Zentrum selbstverständlich vollkommen aus. Die Auswahl seiner Kabinettsmitglieder sei ausschließlich die Sache des Reichskanzlers selbst.

### Der Gewerkschaftsring zur Regierungsbildung.

Berlin. Der Vorstand des Freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsringes veröffentlicht eine Erklärung, in der gefordert wird, daß mit der Notverordnungspraxis der letzten Zeit, durch die die Arbeitnehmerschaft einseitig und unerbittlich belastet werde, radikal gebrochen werden müsse. Wenn ein Ausweg aus dem sozialen und wirtschaftlichen Elend gefunden werden solle, dann müsse die parteipolitische Verrechnung und Arkenmaaserei durch systemvolle Aufbauarbeit ersetzt werden. Weiter wird verlangt: Verstärkung der Arbeitsbeschaffung, Aufhebung der Lohnsicherungsverordnung vom 5. September, Vereinfachung der sozialpolitischen Generalvollmacht in der Notverordnung vom 4. September, Verbesserung der Sozialleistungen und Aufgabe der Abriegelungspolitik auf dem Gebiete des Handels.

alte Ziel der nationalen Konzentration, das auch Herr von Papen vorschwebte. Nur soll es diesmal unter Vermeidung aller Schönheitsfehler, unter Ausmerzung der gefährlichen Positionen der früheren Regierung von neuem in Angriff genommen werden.

### Englische Stimmen zur Betragung Schleichers.

London. Die Betragung des Reichswehrministers General v. Schleicher, „des starken Mannes Deutschlands“, wie die Blätter ihn nennen, wird in der gesamten Presse viel beachtet und zustimmend aufgenommen. „Star“ unterstreicht, daß die Wahl eines Soldaten durch den Reichspräsidenten, um Deutschland durch eine seiner schwersten Krisen hindurchzuführen, eine Periode der Unklarheit, der Agitation, der Intrige und Manöver beendet.

### Moskau zu einem Kabinetts von Schleicher.

Moskau. Die Bildung des Kabinetts v. Schleicher hat in Moskau großes Aufsehen erregt. Die Bildung gewinnt in diesem schweren Augenblick innerpolitischer Spannung Bedeutung, indem der Reichswehrminister gleichzeitig Kanzler und Reichskommissar für Preußen wurde. Auf dem Gebiete der Außenpolitik verpflichtet man sich dem neuen Kabinetts nichts Neues. Die Hauptlinien des Kampfes um die Weidberechtigung Deutschlands würden jetzt nur noch härter betont werden. Das Schwergewicht der kommenden Schleicherischen Politik liege in der Innenpolitik. Der NSDAP. entzünden jetzt durch diese neue Kabinettsbildung neue Aufgaben, nämlich Sammlung der proletarischen Elemente und Herausholung der Arbeiter aus der NSDAP. Das Kabinetts Schleicher, erklärt man in russischen Kreisen, sei das Va-Banane-Spiel des deutschen Kapitalismus.

### Heute nachmittag offiziöse Zusammenkunft von 4 Großmächten in Genf.

Genf. (Funktspruch.) Ueber die gebräute Unterredung zwischen MacDonald und Dr. Benech verläutet, Dr. Benech habe den Standpunkt vertreten, daß man mit gewissen Ergänzungen der Entschickung vom 23. Juli die 2. Phase der Abrüstungskonferenz einwandfrei abschließen könnte. Gegebenenfalls könnte ein Protokoll aufgestellt werden, in dem für die Durchführung der ersten Etappe der Abrüstung eine Frist von 5 oder 8 Jahren festgelegt würde.

Nachdem nunmehr auch der französische Ministerpräsident Herriot in Genf eingetroffen ist, soll heute nachmittag eine offiziöse Zusammenkunft der 4 jetzt in Genf weilenden Hauptbelegierten der Großmächte stattfinden. Es sollen vor allem Flottenfragen erörtert werden.

### Bullerjahn freigesprochen.

Leipzig. Im Bullerjahnprozeß verkündete das Reichsgericht heute mittag folgendes Urteil: Der Angeklagte Walter Bullerjahn wird unter Aufhebung des Urteils des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 11. Dezember 1922 auf Kosten der Reichskasse freigesprochen.

Nach der Urteilsverkündung erlitt die im Zuscherraum sitzende Mutter Bullerjahns einen Zusammenbruch; sie mußte von dem Bruder des Angeklagten hinausgeführt werden.

### Die Mitarbeiter Primo de Riberas werden verbannt.

Madrid. Der außerordentliche, aus Parlamentariern zusammengesetzte Gerichtshof zur Aburteilung der sogenannten Verantwortlichkeiten der Mitarbeiter der Diktatur Primo de Riberas und Deller bei dem Staatsstreich vom September 1923 hat am Freitag das Urteil gefällt. Donach werden verurteilt der im Ausland befindliche General Martinez Anido zu 24 Jahren Verbannung, Pensionsverlust mit Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, weiter vier Generale, die sich in Madrid in Unterhübschaft befinden, zu zwölf Jahren Verbannung. Der eigens zu diesem Prozeß von den Philippinen nach Madrid gekommene General Saro wurde zu sechs Jahren Verbannung und Pensionsverlust verurteilt. Den Generälen, die Mitglieder der sogenannten zweiten Diktatur-Regierung Primo de Riberas waren, wurde die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von 20 Jahren aberkannt. Die Zivilminister Primo de Riberas wurden mit Strafen belegt, die zwischen acht und zwölf Jahren Verbannung liegen. Auch ihnen wurde die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt. Drei Admiräle und ein Zivilminister der gleichen Regierung werden innerhalb Spaniens verbannt.